

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Telgte

Vorsitzender: Klaus Resnischek, Quellenweg 11, 48291 Telgte

Telgte, den 12.12.2024

Die Rahmenbedingungen dieses Haushaltsentwurfs 2025 sind denkbar schlecht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Das Minus im Aufwand von über 9 Mio Euro im nächsten Jahr und in etwa in gleicher Höhe in den weiteren Jahren, verbunden mit einer absehbaren drohenden Haushaltssicherung sind katastrophale Botschaften. Die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushaltes kann nur durch „Buchungstricks“ wie Verlustvorträge in spätere Jahre erreicht werden. Ohne ein Umdenken bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund wird unser Haushalt nicht wieder in Ordnung kommen. Die Stadt befindet sich in einer finanziellen Krise und wir hier in Telgte müssen schauen, was wir verantworten und was wir selbst steuern können. Natürlich müssen wir in unsere Infrastruktur weiter investieren gerade in den Bereichen Bildung und Wohnen. Aber wir müssen die Diskussion viel offensiver führen, welche Standards wir uns noch leisten wollen und was dringlich ist. Hier ist ein Umdenken in Rat und Verwaltung verdammt notwendig.

Bislang sind jedoch keine entsprechenden Ansätze erkennbar. Ich habe eher den Eindruck, dass unsere Stadtverwaltung und auch etliche hier im Raum einem gewissen Förderwahn unterliegen. Ich habe das Gefühl, dass sobald das Wort Förderung auftaucht, alle losrennen, um von dem Kuchen etwas abzubekommen. Das Förderungen auch aus Steuermitteln kommen, wird erst einmal ausgeblendet. Um Folgekosten wie Unterhaltung, Bedienung und Reinigung werden sich keine Gedanken gemacht. Wir werden das für die Bürgerschaft in den nächsten Monaten eingehend mit Beispielen hinterlegen und öffentlich diskutieren.

Um das drohende Defizit nicht noch größer zu machen, haben wir in unseren Beratungen zum Haushalt nach sozial verantwortbaren Streichpositionen gesucht. Als erstes haben wir den Ausbau des Wirtschaftsweges bei Haus Milte über die Grafhorst gefunden. Hier will die Verwaltung für 600 T€ den Wirtschaftsweg sanieren und dabei noch Zuschüsse vom Land von 540 T€ generieren. Es bleibt dann immer noch ein Eigenanteil von 60 T€ bei der Stadt Telgte. Dieser Wirtschaftsweg wird nur als Zuwegung von wenigen Hofstellen genutzt. Er ist zwar noch als Fahrradweg R1 klassifiziert. Die Fahrradfahrer selbst nutzen aber alle den direkten Weg vom Rochus-Hospital über den R1 geradeaus in Richtung Pleister-Mühle in Münster. Der ist gerade vor wenigen Jahren gut ausgebaut worden. Hier kann sowohl die Stadt Telgte 60 T€ sparen als auch das Land NRW 540 T€ . Der Ansatz für die gesamte Unterhaltung der Wirtschaftswege in Telgte beträgt ja noch nicht einmal 100 T€. Und hier wollen wir das sechsfache ausgeben für ein kleines Stück von 2 km Länge. Das kann man den Bürger*innen nicht mehr erklären, aber wir werden ja im kommenden Kommunalwahlkampf genug Gelegenheit haben, den Finger in genau diese Wunde zu legen.

Ein weiteres Beispiel ist die Planung des Bürgermeisters, am Bahnhof in Vadrup ein öffentliches Toilettenhaus für über 200 T€ zu errichten. Auch hier ist Telgte wieder neben einer geplanten Förderung von 90 % mit einem Eigenanteil von 20 T€ dabei. Für uns als SPD eine völlig überzogene Maßnahme, da die Bürger*innen, die dort am Bahnhof aussteigen zum allergrößten Teil in Vadrup und Westbevern-Dorf wohnen und binnen Minuten zuhause sind. Hier kann man doch eindeutig nur von Ziel- und Quellverkehr sprechen. Es gibt ja auch keine weiteren nennenswerten touristischen Ziele, wo evtl. Tagesgäste erwartet werden. Bei etlichen Veranstaltungen in Westbevern werde ich zur Zeit von Bürger*innen angesprochen, die eine ähnliche Haltung mir offenbaren. Mir werden Fragen gestellt, ob denn die Stadtverwaltung auch mal ausgerechnet habe, was die bei Sanitäranlagen tägliche Reinigung, die Instandhaltung usw. überhaupt kostet? Hat denn vielleicht jemand mal von der Verwaltung mit dem Betreiber des Supermarktes gesprochen, ob er nicht mit seiner Toilette in seinem Cafe-Betrieb diese Funktion übernehmen könnte? Er hat immerhin an 7 Tagen in der Woche mit einer sehr großen Stundenanzahl geöffnet und hat vielleicht auch ein Interesse daran, dass Toilettengänger noch einen kleinen Einkauf mitnehmen. Nein, auf diese Fragen gibt es einfach keine Antworten. „Es gibt ja Förderung“ ?!

Die Liste der möglichen Streichpositionen ist noch länger, aber ich will es jetzt dabei belassen, da die Zeit heute einfach nicht ausreicht.

Die Schwarz-Grüne Landesregierung versucht gerade ihren Landshaushalt durch massive Kürzungen im Sozialbereich zu retten. Die Schwächsten der Gesellschaft, die Familien, die Kranken und Pflegebedürftigen werden diese Kürzungen richtig spüren, wenn sie beschlossen werden sollten.

Der Bürgermeister wollte zum einen sehr kräftig an der Steuerschraube drehen, indem er uns vorgeschlagen hat, den Hebesatz zur Grundsteuer B um 30 % von 530 Punkte derzeit auf 690 Punkte im nächsten Jahr heraufzusetzen. Diese drastische Erhöhung haben wir abgelehnt. Die Grundsteuer B betrifft ja nicht nur Hauseigentümer, sondern auch alle Familien, die zur Miete wohnen, da die Grundsteuer grundsätzlich auf die Nebenkosten umgelegt wird. Wir haben zusammen mit den anderen Fraktionen nur einer Anhebung auf 605 Punkte , also nur um 14% zugestimmt. Das entspricht dem aufkommensneutralen Wert, der vom Finanzministerium für Telgte errechnet wurde. Die sehr maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer tragen wir mit. Denn die Gewerbebetriebe stellen einen wichtigen Anteil in der Stadtgesellschaft dar, denn sie sorgen für die Entlohnung der Beschäftigten, die wiederum das verdiente Geld für den Unterhalt der Familien benötigen.

In der Gesamtbewertung des vorgelegten Haushaltsentwurfs werden wir dennoch dem Haushalt 2025 zustimmen, weil er für uns viele Elemente der sozialen Gerechtigkeit enthält, die für das Leben in der Stadtgesellschaft wichtig sind.

Wir haben zusammen mit den Grünen dafür gesorgt, dass bei den OGS-Beiträgen nicht nur lt. Satzung die Beiträge selbst, sondern auch die Einkommensgrenzen bei der Beitragsstaffelung jeweils um 3% ab dem nächsten Schuljahr erhöht werden. Somit können wir verhindern, dass Familien mit dieser Beitragssatzung ggf. von der kalten Progression betroffen wären. Es wird etliche Familien geben, die durch Einkommenssteigerungen, die tariflich verabredet nur einen Inflationsausgleich beinhalten, plötzlich durch die alte Satzung in eine höhere Beitragsstufe gekommen wären, obwohl sich ihre Familiensituation nicht geändert hat. Das empfinden wir als Ungerechtigkeit. Wir wissen, dass das bei unserer Verwaltung etwas Mehraufwand bedeutet, weil sie erneut prüfen müssen. Aber es geht hier ganz klar um die soziale Gerechtigkeit.

Des Weiteren haben wir mit unserem Antrag zur Ferienbetreuung der Schüler*innen der Schuljahre 5-7 Bewegung in die Diskussion gebracht, dass man auch über die Gruppe der 11-13jährigen Schüler*innen nachdenken muss. Für die Grundschüler und -schülerinnen haben wir seitens der Stadt und einiger Vereine genügend Angebote zur Ferienbetreuung. Aber für die Jahrgänge 5-7 bei unseren weiterführenden Schulen wird sehr wenig gemacht. Ich kann die Eltern verstehen, die sagen, dass sie ihre Kinder in dem Alter noch nicht in den Ferien alleine zuhause lassen können. Und deswegen sind wir froh und dankbar, dass die Verwaltung den Auftrag angenommen hat, im nächsten Ausschuss Vorschläge für Ferienangebote für diese Altersgruppe machen zu können. Dabei ist evtl. auch eine Kommunikation mit den Nachbarkommunen angezeigt.

Ein weiterer Punkt für die Zustimmung zum Haushalt ist die Tatsache, dass die Mittel für die interkommunale Wohnungsbaugesellschaft nicht gestrichen wurden. Wir merken gerade an vielen Stellen, dass die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum durch private Investoren nicht geleistet werden kann. Man kann es nachvollziehen, dass bei den momentanen Zinskonditionen und Baupreisen bei Neubauten keine Rendite erzielt werden kann, außer die Mietpreise pro qm liegen weit oberhalb der 10€-Grenze. Und das ist dann wirklich für viele Familien absolut kein bezahlbarer Wohnraum mehr. Deswegen ist die Einrichtung der neuen Wohnungsbaugesellschaft so eminent wichtig, weil die eher an Fördermittel für den Wohnungsbau drankommen als private Investoren.

Lieber Herr Herzig, ich möchte der Kämmerei ein großes Dankeschön sagen für ihren unermüdlichen Einsatz und für Ihre große Unterstützung bei unseren Beratungen, Danke!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Klaus Resnischek